

(Geringere Erhöhung der Postgebühren.) Der Verkehrsbeirat ist den vorgeschlagenen Sägen für die neue Postgebührenerhöhung nicht beigetreten. Ohne die finanzielle Notlage der Post zu verkennen, war er der Auffassung, daß derartige Sprünge auf das gesamte Wirtschaftsleben nach jeder Richtung hin verhängnisvoll einwirken müssen. Immerhin war eine Mehrheit schließlich mit einer Verdreifachung der Postgebühren und einer Verknüpfung der Fernspreckgebühren grundsätzlich einverstanden. Die endgültige Entscheidung werden nunmehr der 27. Ausschuß des Reichstages und der Reichsrat zu treffen haben.

(Kartoffelpreis.) Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 4. d. M. einen Erzeugerpreis von 5400 bis 5800 Mark je Zentner für weiße, rote, und gelblichgelbe Sorten notiert.

(Ermäßigung des Weizenmehlpriests.) Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl spezial 0 nach der vorgeschlagenen 20 000-Mark-Steigerung wieder auf 450 000 M herabgesetzt für den Doppelzentner einschließlich Sach ab Mühle.

Radeberg. (Ein zehnjähriger Knabe spurlos verschwunden.) Seit Dienstag nachmittag ist der zehnjährige Knabe Nagel, hier, Dresdener Straße 37, spurlos verschwunden. Der Knabe trägt blau und weiß gestreifte Bluse, schwarze Hose, schwarze Strümpfe, schwarze hohe Lederschuhe. Etwas Wahrnehmungen über den Verbleib des Knaben wolle man an die besorgten Eltern mitteilen.

Baugen. (Arbeitsminister Graupe über die Wirtschaftslage.) In einer vom Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufenen Versammlung, sprach am Dienstagabend der sächsische Arbeitsminister Graupe über "Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Tätigkeit der sächsischen Regierung." Die Baugner Nachrichter berichten über den Vortrag unter anderem: "Wer sich, bei aller grundsätzlicher anders gerichteten politischen Orientierung, auf ein Referat großzügigen Stils von höherer Warte mit aufschlußreichen neuen Gesichtspunkten eingestellt hatte, mußte enttäuscht sein. Die Ausführungen des Herrn Graupe erschöpften sich in der Hauptsache in heftigen Angriffen auf die Reichsregierung und die Industrie. Mit einer Schärfe, die sich in den Worten eines bundesstaatlichen Ministers recht eigenartig ausnahm, wurde die „Cuno-Regierung“ und ihre Politik in einer Weise zerpflügt, die jede Objektivität, wie man sie doch wohl von einem Manne in leitender Stelle fordern darf, völlig vermissen ließ. Zum Schluß wurde natürlich das Gespenst der Gefahr von rechts gittert, was willkommenen Anlaß gab, zum Zusammenschluß der proletarischen Einheitsfront, zur Bildung der proletarischen Abwehrorganisationen und zur Uebertragung der sächsischen Regierungslinien auf die Reichspolitik aufzurufen."

Zittau. (Der Schulkreiß in der sächsischen Oberlausitz) seitens der Katholiken dauert an. Die Elternschaft stützt sich bei ihrem Streit auf die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Gebetsverordnung. Reichsminister Dezer hat erklärt, daß diese Verordnung keine Anwendung finden darf, wenn alle Kinder einer Klasse oder Schule demselben Bekenntnis angehören und von Religionsunterricht befreite Kinder nicht vorhanden sind. Das Kultusministerium aber hat, so wird gemeldet, bis heute keine Veranlassung genommen, sich dem Standpunkt der Reichsregierung anzupassen. Auch die Verhandlungen, die seitens der katholischen Schulorganisation in dieser Frage mit dem Kultusministerium geführt worden sind, sind ergebnislos verlaufen. Der Kultusminister hat den Vorschlag, daß an dem Zustande, wie er bis zum 24. Mai in der Lausitz in der Praxis bestand, nichts geändert werden solle, bis eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt ist, abgelehnt. Die Katholiken empfinden diese Ablehnung einer ganz selbstverständlichen Forderung als eine Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Die katholische „Sächsische Volkszeitung“ schreibt: „Der Kultusminister ist wiederholt auf die Folgen dieser Ablehnung hingewiesen worden. Er aber drohte strengste und schärfste Strafen an den Lehrern, die nach wie vor mit den Kindern beten würden, er drohte dieselben Strafen an den Eltern, wenn sie zum Abwehrmittel, dem Schulkreiß, greifen würden. Strafandrohungen! Als ob das ein Mittel wäre, die katholischen Eltern vom Kampfe um ihre heiligsten Güter abzuhalten! Herr Kultusminister, auf diese Weise werden Sie Ihr Ziel nicht erreichen! Gehen Sie den Weg der Verständigung! Gehen Sie ihn, bevor die Bewegung weitere Wellen geschlagen hat!“

Dresden. (Bermählungsfeier in der ehemaligen Königsfamilie) Am 16. Juni findet die Bermählung des Prinzen Friedrich Christian mit der Prinzessin von Turn und Taxis in Regensburg statt.

Schandau. (Französische Generalstabsoffiziere an der sächsischen Grenze) In der deutschböhmischen Stadt Böhmisch Leipa haben etwa 40 französische und tschechische Generalstabsoffiziere Wohnungen belegt, da sie demnächst dort einzutreffen beabsichtigen. Der Wunsch, die Hotels zu beslaggen, wurde abgelehnt. Der Zweck des Aufenthalts der Offiziere ist nicht bekannt.

Meißen. (Fremdenverkehr in Meißen.) Welchen Umfang der Besuch von Schulen in Meißen angenommen hat, geht daraus hervor, daß am Mittwoch nicht weniger als 85 Schulen hier weilten.

Leipzig. (Pferdediebstähle) In Bennewitz bei Leipzig sind in der Nacht vom 1. Juni 2 kastanienbraune Pferde, Wallache, 11 und 8 Jahre alt, beide lupiert, im Werte von 30 Millionen Mark gestohlen worden. — In Arnsdorf wurde in der Nacht zum 6. Juni ein Pferd, Fuchs mit Blasse, weißer Mähne, 20 Jahre alt, gestohlen.

Leipzig. (Die Opfer der Leipziger Teuerungsunruhen.) Der amtliche Polizeibericht meldet, daß bei den Teuerungsunruhen 51 Verwundete in das Krankenhaus eingeliefert wurden, sowie 1 Toter. Drei der Verwundeten starben, darunter ein Beamter der Landespolizei und ein Anhänger der anarchistischen Bewegung. Es wird betont, daß ein Befehl zum Schießen nicht gegeben worden sei, sondern das Ganze einen Akt spontaner Notwehr darstelle. — Von anderer Seite werden die Angaben des amtlichen Berichts als nicht richtig hingestellt und behauptet, es habe 8 Tote und über 100 Verwundete gegeben. Es sei zu befürchten, daß die Zahl der Toten noch höher sei, da die flüchtenden Demonstranten nicht nur die Verwundeten, sondern

### Für die Postbezieher!

Infolge der neuen ungeheuren Teuerungswelle, die bei Anmeldung der bereits vier Wochen vor Beginn des neuen Monats anzumeldenden Postbezugspreise noch nicht vorausgesehen werden konnte, mußten wir die Junipreise höher setzen, als sie bei der Post angemeldet und von den Postbeziehern bereits im Voraus entrichtet sind. Wir müssen daher wieder einmal mit der Bitte um eine Nachzahlung an unsere verehrten Postbezieher herantreten. Die Differenz ist M 500.—

Wir bitten, uns diesen kleinen Betrag unter Benützung der dem heutigen Blatte beiliegenden Zahlkarte auf unser Postkonten zu überweisen.

Geschäftsstelle des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

auch die Toten fortzuschleppen. — Die Kommunisten hielten am Freitag Protestversammlungen ab, in denen folgende Forderungen erhoben wurden: Sofortige Abhebung des Polizeipräsidenten Fleißner-Zurückziehung der Polizei. Den Schutz der werktätigen Bevölkerung übernimmt der gemeinsame proletarische Selbstschutz. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes. Sofortige Verdopplung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen und sofortige Erhebung einer Zwangsumlage (Sozialabgabe) bei Industrie, Handel, Banken und Landwirtschaft. Verhaftung des schuldigen Sipo-Kommandanten Bestrafung aller Mitschuldigen — eine Forderung fehlt noch: Belohnung der kommunistischen Hezer.

Chemnitz. (Blitzschlag in eine Kirche.) Am Dienstag nachmittag schlug der Blitz in den Turm der Lutherkirche. Die vergoldete Hahnfigur wurde von der Spitze geworfen, die Uhr zum Stehen gebracht und die Wasserleitungsröhre zerschmolzen.

Wurzen. (Der Dackel als Gänsemutter.) Beim Förster Hendel in Follenhain waren von einer Henne 4 Gänse ausgebrütet worden. In einen unbewachten Augenblick holte der Dackel des Hauses die kleinen Gänse aus ihrem Korb in seinen Kasten unter dem Fen. Seitdem bewacht der Dackel die kleinen Gänse wie eine richtige Gänsemutter.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Juni.

### Die Teuerungsausprache im Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner Sitzung zu dem Thema, das augenblicklich in aller Munde ist, zu der ungeheuerlichen Teuerung, die sich auf allen Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens breit macht, Stellung. Den früheren Anlaß zu dieser notwendigen Erörterung bot eine sozialdemokratische Interpellation, die von dem Gewerkschaftsführer Aufhäuser begründet wurde. Die Hauptschuld an der Wirtschaftsanarchie, unter der Deutschland leidet, sieht er nur in den Besitzenden. Er forderte dementsprechend auch schärfste Heranziehung der Besitzenden zu den Lasten des Reiches, läßt hierbei Kritik an der Devisenpolitik der Reichsbank und verlangte eine gründliche Umgestaltung des Steuerwesens im Sinne einer Entlastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, Erfassung der Sachwerte zc. Der Redner rief den bürgerlichen Parteien und der Regierung dringend, die Krise im Parlament zu erleben, ehe die Massen mobil gemacht würden. Die Regierung trat mit einem großen Aufgebot von Kräften in Erscheinung, alle zuständigen Minister erschienen auf dem Plan. Zunächst legte Arbeitsminister Dr. Brauns dar, daß eine Reihe von Vorlagen zur Erhöhung von Gehalts- und Rentenbezügen bereits in den parlamentarischen Ausschüssen verhandelt würden und daß man hoffe, auf diese Weise eine Verhinderung der Bevölkerung herbeizuführen. Der Arbeitsminister wies darauf hin, daß in den Großindustrien tatsächlich Lohnerhöhungen von 67% und mehr eingetreten sind und daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Der Goldlohn biete keinen Schutz gegen die weitere Verminderung des Reallohnens. Es werde ein neuer Index gesucht. Das gehe aber nicht so rasch. Der Minister schloß mit einem Appell an die Welt, es möge bei allen Völkern der Wille zur Duldung zum Durchbruch kommen. — Der Reichsfinanzminister Dr. Herms gab zu, daß das Geldentwertungsgefeß schon heute mit den Geldverhältnissen nicht mehr übereinstimmt. Das Veranlagungsgefeß sei aber im Gange und die Steuerarbeiten dürften durch eine Lenkung des Gesetzes nicht ins Stocken gebracht werden. Zur Brotberstillung werde eine vielfache Zwangs-

anleihe erhoben werden. Auch die Vorschlagsabgaben auf die Einkommensteuer würden wahrscheinlich auf den zwanzigfachen Betrag gebracht werden. Man sei dabei, die Besitzsteuern möglichst der Geldentwertung anzupassen. Auch um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchsteuern würde man nicht herumkommen. — Reichswirtschaftsminister Dr. Beder hielt den Sozialdemokraten vor, daß sie auch in dieser ersten Lebensfrage des deutschen Volkes Parteipolitik trieben. Die Hauptursache für Deutschlands Verelendung sei der Versailles Vertrag und nicht die Devisenspekulation. Deutsche Pioniere im Auslande bräuchten wir zur Hebung unserer Wirtschaft. Wirtschaftliche Fragen solle man wirtschaftlich und nicht parteipolitisch behandeln. Die Entwertung unserer Mark sei bei dem Uebersturz der Einfuhr über die Ausfuhr eine natürliche Erscheinung. Trozdem dürfe man aber nicht die Hände in den Schoß legen. Eine völlige Zentralisierung des Devisenhandels bei der Reichsbank sei nicht durchführbar. Die neuen Devisenvorschriften sollen scharf durchgeführt werden. Eine Besserung der Verhältnisse sei aber kaum zu hoffen, bevor man nicht die Reparationslasten von uns genommen hat. — Darauf wurde die Weiterberatung der Interpellation auf Freitag vertagt.

Sitzung vom 8. Juni.

### Fortsetzung der Teuerungsausprache.

Nachdem am Donnerstag die zuständigen Minister ihre Erklärungen zur Teuerungszulage abgegeben hatten, wurde am Freitag die Besprechung der sozialdemokratischen Teuerungsausprache begonnen. Die Reihe der Redner eröffnete der Zentrumsvizepräsident Schlag, der die Feststellung unterstrich, daß unsere Notlage vom Versailles Vertrag her rühre und daß die Entente unser Geld veräußert habe. Auch ein Regierungswechsel würde die Not nicht beenden können. Tatsächlich seien die wirtschaftlichen Zustände jetzt aber unhaltbar geworden, so daß man mit ersten Mitteln eingreifen müsse. Den besten Eindruck würde es im Auslande machen, wenn die Sozialdemokratie mit in die Regierung eintreten würde. Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Findeisen schilderte als Mann des Mittelstandes die Not dieser Berufs- und Berufsstände. Im Auslande sei die Meinung verbreitet, daß die Zustände in Deutschland so unsicher seien, daß es nicht geraten sei, dorthin zu gehen. Bedauerlich seien die Lebensmittelunruhen in verschiedenen deutschen Städten. Der Mittelstand gehe dem Untergange entgegen. Der ehrliche Kaufmann sei mit scharfen Wucherbestimmungen einverstanden, aber man solle auch die richtigen Stellen treffen, wo ursprünglich die Preise bestimmt werden. Das Zentrum wünsche die Mitarbeit der Sozialdemokraten, aber die sozialdemokratische Rede vom ersten Tage sei alles andere gewesen als Mitarbeit. Der deutschnationale Abgeordnete Wieden hielt von Teuerungsbekämpfen überhaupt nichts und forderte Taten. Er gab der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre die Schuld an der Not des deutschen Volkes und trat namentlich für den verarmten geistigen Mittelstand und den kleinen Handwerker ein. Bei Steuerreformen und Eingriffen in die Preisfrage verlangte er enges Zusammenwirken mit den betroffenen Wirtschaftskreisen. Der demokratische Abgeordnete Derrburg hielt eine klare Stellung des Parlaments angesichts der wachsenden Unzufriedenheit für notwendig, gab zur wirtschaftspolitischen Lage eine sachverständige Betrachtung und verlangte zum Schluß, daß die Produktion gefördert werden müsse und der Verkehr nicht gehemmt werden dürfe. Der Abgeordnete Emmertling von der Bayerischen Volkspartei warnte vor gewaltsamen Preisbesetzungen, durch die man die Verhältnisse nicht bessern könne. Der Redner empfahl die Ausgabe werbeständiger Anleihen. Der kommunistische Abgeordnete Lehmann lehnte die Verantwortung für die Lebensmittelunruhen, die hier und dort aufgefackelt sind, ab und erhoffte von einer Arbeiterregierung alles Heil. — Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

## London lobt, Paris schimpft, Brüssel tut beides.

Im Gegensatz zu der deutschen Note vom 2. Mai hat die neue Note draußen in der Welt zum mindesten nicht allgemeine Ablehnung gefunden. Vor allem nicht in London. London ist sogar in den bisher deutschfeindlichen Kreisen durchaus zufrieden und findet die wirtschaftlichen und finanziellen Einzelheiten durchaus erörterungsfähig. Paris interessiert sich dagegen nicht im geringsten für diese wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten Deutschlands. Es hat das deutsche Memorandum nur auf das Wort vom „pactum invidiosum“ hin untersucht, und da davon nichts drin steht, so ist die deutsche Note unannehmbar. So steht in allen Pariser Blättern im Leitartikel, den Poincaré anscheinend in einer Pressekonferenz in vielen Durchschlägen an seine Journalisten verteilt hat.

Die „Times“ hat das Problem richtig formuliert, wenn sie schärft zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Problem der augenblicklichen Politik unterscheidet. Frankreich interessiert sich nur für die politische Seite: Es erkräftet die europäische Vorherrschaft, die Annektionspläne und operiert mit Truppen. Der passivste Widerstand am Rhein und an der Ruhr hat zum ersten Male seit dem Kriege diesem Imperialismus einen Wall entgegengeleitet. Nur macht Frankreich daraus eine Preisfrage. Deutschland soll sich unterwerfen, d. h. im französischen Denken nicht etwa, es soll Reparationen zahlen, sondern es soll den passiven Widerstand aufgeben. Mit anderen Worten, es soll sich auf Gnade und Ungnade ergeben.

England interessiert sich dagegen nur für die wirtschaftliche Seite. Es findet die französische Prestigepolitik albern, den Imperialismus für ganz Europa, einschließlich Frankreich, lebensgefährlich und meint, die Hauptsache sei, daß Deutschland bezahlt, und wie die Note beweist, sei es auf dem besten Wege dazu.

Belgien ist in der Zwickmühle. Es hat sich in seiner eifrigsten Großmannschuft Frankreich ausgeliefert, ist aber wirtschaftlich viel mehr mit England und Deutschland verknüpft, so daß es nun gezwungen ist, die Lage sowohl politisch als auch wirtschaftlich anzusehen. Daher seine Doppelposition.

Diesmal wird der deutschen Note zweifellos ein englisches-französisches Meinungsaustrausch folgen. Beide Ansichten, die rein wirtschaftliche, wie die rein politische, werden einander entgegenstehen. In dieser Ausprache ist Frankreich darin unterlegen, daß es notwendigerweise seine politischen Gefühle wirtschaftlich rechtfertigen muß. Dies wird ihm angekreidete der wirtschaftlich so weit entgegenkommenden deutschen Note schwer fallen.

## Die Gewerkschaften zum Angebot der deutschen Industrie.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftszweig Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände (G.-D.) haben an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem zu dem Angebot des Reichsoberverbandes der Deutschen Industrie Stellung genommen wird. Es heißt darin: Der Reichsoberverband der Deutschen Industrie will den privaten Besitz nur in